

Der deutsche Tabak-Arbeiter



Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes



Erscheint Sonnabends, Redaktionschluss Montag. Bezugspreis monatlich 40 A ohne Bringerlohn. Anzeigenpreis 35 A für die sechseckspaltene Millimeterzelle. Redaktion, Expedition, Verlag: Bremen, An der Weide 20. Tel. Domspitze 207 80
 Verantwortlicher Schriftleiter: Paul Balshweit, Verantwortlich für die Anzeigen: Bruno Döbige
 Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband. Druck: Ruit Thiele, Bremer Verlagsanstalt u. Buchdruckerei. Sämtl. in Bremen

Nummer 42

Bremen, 21. Oktober

Jahrgang 1938

Autorität und Totalität im neuen Reiche

Seit der Machtübernahme im Staate durch den Nationalsozialismus ist die Entwicklung auf allen Gebieten unseres Lebens in wahrhaft erstaunlichem Tempo weitergegangen. Nachdem nunmehr die Einbruchs- und Durchbruchsepoche des Nationalsozialismus in alle Lebensgebiete abgeschlossen ist und die Ausbau- und Gestaltungsperiode begonnen hat, ist es angebracht, sich Klarheit zu verschaffen über den Sinn der hinter uns liegenden revolutionären Umgestaltung, sowie über den tatsächlichen augenblicklichen Stand der Entwicklung; darüber hinaus müssen die nächsten noch vor uns liegenden Abschnitte der Evolution umrissen werden. Eine derartige Betrachtungsweise ist die wesentliche Voraussetzung für einen wirklichen Einblick in das Werden, in die lebendige Entwicklung; die drei Stufen der Rückschau, Umschau und Ausschau allein ermöglichen eine wirkliche Sinnbedeutung des Geschehens.

Die nationalsozialistische Revolution ist in innenpolitischem und außenpolitischem Zusammenhang zu sehen. Außenpolitisch stellt sie sich dar als eine Empörung des deutschen Volkes gegen die Auswirkungen und den Geist von Versailles; Ziel ist die wirkliche Gleichberechtigung Deutschlands in außenpolitischer Beziehung und Wiederherstellung der ihm gebührenden Weltgeltung. Innenpolitisch hat der Nationalsozialismus vor allem drei große Ziele: 1. Den Neubau des Reiches, 2. den Neubau der Gesellschaft unter dem Gesichtspunkt der ständischen Gemeinschaft, 3. die Neuordnung der Wirtschaft.

Auf politisch-staatlichem Gebiet sind die Veränderungen im Aufbau und im Wesen besonders stark und sinnfällig. Sie bilden die wesentliche Voraussetzung für eine Umgestaltung auch der anderen Lebensverhältnisse, entsprechend den Anschauungen und Zielen des Nationalsozialismus, für eine Umgestaltung des gesellschaftlichen Aufbaues und eine Neuordnung der Wirtschaft. Denn der Staat ist die Organisationsform, die alle deutschen Menschen umfaßt und in sich schließt, der Staat kann durch Gesetze und Erziehung eine seinen höheren Zielen entsprechende Umgestaltung des Denkens und Wollens der Menschen und der Lebenserscheinungen allmählich herbeiführen. Diese Tat-

sache bildet auch die Erklärung dafür, daß mit dem Zeitpunkt, wo der Nationalsozialismus die wichtigsten Stellen im Staate besetzt und seinen Aufbau entsprechend seinen Grundsätzen umgestaltet hatte, er die revolutionäre Phase für beendet erklärte und die Veränderung und den Neubau der bestehenden Verhältnisse nur durch die Evolution proklamierte.

Durch die Berufung des Führers zum Reichskanzler am 30. Januar und durch das Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich vom 24. März 1933 — allgemein Ermächtigungsgesetz genannt — wurde die Grundlage geschaffen für den staatlich-politischen Neuaufbau des Reichs. Auf das „Ermächtigungsgesetz“ stützen sich die beiden „Gleichschaltungsgesetze“ vom 31. März bzw. vom 7. April. Letzteres wird kurz „Reichsstatthaltergesetz“ genannt.

Diese drei Gesetze bilden die Grundlage des neuen Staates und enthalten das Herzstück der kommenden Verfassung der nationalsozialistischen Revolution. Ihren Inhalt als auch insbesondere ihre historische Bedeutung muß jeder, der sich als Nationalsozialist bezeichnet, kennen und erfassen.

Es ist bedeutsam und wichtig, darauf hinzuweisen, daß der noch im folgenden zu schildernde Charakter des neuen Staates völlig verfassungsmäßig, also legal, herausgebildet worden ist. Dabei ist der heutige Staat nach Aufbau und Sinn grundlegend verschieden von der vergangenen parlamentarisch-demokratischen Republik. Das verfassungsändernde Ermächtigungsgesetz wurde vom Reichstag mit mehr als Zweidrittelmehrheit angenommen. Es gibt der Reichsregierung bis zum 1. April 1937 nicht nur das Recht, einfache Gesetze, sondern auch solche verfassungsändernden Charakters ohne Mitwirkung des Reichstages zu erlassen. Dabei kennt das Gesetz, abgesehen von den Einrichtungen des Reichstages und des Reichsrats und der Rechte des Reichspräsidenten, keine sachlichen Grenzen. Auch unter den früheren Regierungen hat es sogenannte Ermächtigungsgesetze gegeben, die aber stets zeitlich oder sachlich eng beschränkt waren. Heute hat die Regierung Vollmacht vom Volke, losgelöst von den Vorschriften der Weimarer Verfassung, alle Gebiete bis auf die be-

zeichneten unumschränkt neu zu regeln. Bestimmungen der alten Verfassung können ohne weiteres beseitigt werden. Das Gesetz gibt der Reichsregierung also verfassunggebende Gewalt in die Hand. Seine Tragweite kann daher gar nicht überschätzt werden; eine derartige Machtvollkommenheit ist bisher in modernen Großstaaten noch niemals an die Exekutive verliehen worden. Reichstag und Reichsrat sind an sich nicht beseitigt, wohl aber völlig ausgeschaltet.

Die Regierung vom 30. Januar ist nie eine parlamentarische Regierung gewesen. Es war sinnwidrig und ein Zeichen für mangelnden politischen Instinkt der deutschnationalen Kreise, bis in die letzten Tage vor dem Rücktritt Hugenburgs an der Auffassung einer Koalitionsregierung festzuhalten, in der die Partner völlig gleichberechtigt wären. Dieser Anschauung lag ein Denken im alten Stil zugrunde, welches sich durch die wachsende Abwanderung alter Deutschnationaler in das nationalsozialistische Lager als völlig überholt und falsch erwies. Die deutschnationale Volkspartei verfiel einer allmählichen Selbstauflösung, bis dann der freiwillige Anschluß an die NSDAP beschlossen wurde. Die dynamische Kraft in der nationalsozialistischen Bewegung, ihre innere Spannung war in diesem Stadium der Entwicklung schon viel zu stark, als daß sie irgendwelche Gegenkräfte parteipolitischer Art hätte dulden können. Aus demselben Grund zerfiel das Zentrum. Der Marxismus war schon vorher aus seinen letzten Organisationsformen, den Gewerkschaften, vertrieben und die Sozialdemokratische Partei verboten worden. Das Ergebnis war die Beseitigung aller Parteien in Deutschland, ein Begräbnis, das jeder Deutsche, mit Ausnahme der Parteifunktionäre, freudig begrüßt hat und bei dem wenig Tränen vergossen worden sind. Formell abgeschlossen wurde die Entwicklung in dieser Richtung durch das am 14. Juli ergangene Verbot jeglicher Neugründungen einer Partei.

Der kommende berufsständische Aufbau wird eine neue Form der Mitarbeit des Volkes an der Gestaltung seines Schicksals einführen. Jedenfalls werden sich die Organe der Selbstsucht und Verantwortungsscheu, die wir 14 Jahre lang

zu unserem Unheil erleben mußten, nicht wiederholen. Wir kommen heute in Deutschland vorwärts, nicht weil die Fragen einfacher geworden sind, sondern weil nach gewissenhafter Beratung innerhalb der Reichsregierung stets mit unbedingter Sicherheit positive Entschlüsse herauskommen, die früher durch die Interessen von etwa 20 bis 30 Parteien zerredet wurden. Heute ist eine Linie des Willens da, eine Linie, während man früher zaghaft einige Schritte ging, umkehrte und einen neuen Weg versuchte, Experimente, die uns allen teuer zu stehen gekommen sind. Heute gelten keine Parteiinteressen mehr, sondern ehrlicher Wille, Sachverstand und politischer Instinkt.

Es gibt in Deutschland keine Parteien mehr! Das ist also die weitere wesentliche Feststellung, wenn man sich Rechenschaft ablegen will über die Beschaffenheit unseres neuen Staatsgebäudes. Es hat sich in Deutschland endgültig die neue politische Weltanschauung durchgesetzt, die ihren organisatorischen Ausdruck in der NSDAP findet. Die NSDAP als Trägerin und Verkörperung des national-

sozialistischen Gedankengutes trägt auch den heutigen Staat, ja, noch mehr: an der Spitze treffen Staat und Organisation zusammen. Aufgabe und Ziel der nationalsozialistischen Organisation ist es, ihrer Weltanschauung den dauernden Einfluß auf den Staat zu sichern. Der neue Staat und die Bewegung, die ihn schuf, betrachten sich als gemeinsame Werkzeuge im Dienste der Nation. Die Bezeichnung „Partei“ entspricht daher für den Machtapparat, der heute den Staat trägt, kaum noch den tatsächlichen Verhältnissen und hat ja überdies niemals, auch vor der Machtübernahme nicht, den Sinn und die Bedeutung gehabt, die man in dem parlamentarisch-demokratischen System „Partei“ verstand. Der Nationalsozialismus ist und war stets eine Bewegung, keine Interessenvertretung, sondern etwas Geistig-Kulturelles, das im Parteistaat der Vergangenheit sich lediglich in Gestalt einer Partei formieren mußte, um legal die Macht zu erobern. Der Name „Partei“ ist historisch zu erklären aus einer Zeit, als die NSDAP noch mit dem Staat und den anderen Parteien zu ringen hatte. (Fortsetzung folgt.)

Aus dem Tabakgewerbe

Die Tabaksteuer im Monat August 1933

Nach den vorläufigen Nachweisen der gegen Entgelt verkauften Tabaksteuerzeichen berechnet sich der Steuerwert bzw. die Menge der Tabakfabrikate wie folgt:

	Steuerwert (1000 RM.)	Mengen (1000 Stück)	Kleinwert (1000 RM.)
Zigarren	12 028	554 258	52 296
Zigaretten	33 043	3 125 139	107 535
Materialesteuer	14 849		
Zigaretten			
zusammen	47 892		
Rautabak	143	15 490	2 860
Zigarettenhüllen	439	168 510	843
		kg	
Feinschnitt	64	6 500	130
Steuerbegünst.			
Feinschnitt	4 754	1 227 700	12 511
Pfeifentabak	2 603	1 688 800	8 134
Rauchtabak			
zusammen	7 421	2 923 000	20 775
Schnupftabak	96	168 500	960
Zusammen	68 019		185 269

Bei Zigarren ist die Menge gegenüber dem Juli um 18 655 Mille gestiegen. Der August ist der Stückzahl nach der stärkste. Der Durchschnittspreis ist seit Beginn des Rechnungsjahres von 9,91 Pfennig auf 9,44 Pfennig je Stück stetig gefallen.

Bei Zigaretten liegt der Monat August ungefähr auf gleicher Höhe wie der Monat Mai, der auch hier die höchste Stückzahl aufweist. Der Durchschnittspreis ist von 3,55 Pfennig im April auf 3,44 Pfennig im August gefallen, der Anteil der 2½-Pfennig-Zigaretten am Gesamtumsatz ist im gleichen Zeitraum von 12,6 v. H. auf 16,0 v. H. gestiegen, derjenige der 3½-Pfennig-Zigarette von 64,5 auf 65,7 v. H.

Nicht so günstig steht es mit dem steuerbegünstigten Feinschnitt und dem Schwarzen Krausen. Zwar ist auch hier eine Steigerung des Gewichtsumsatzes gegenüber dem Vormonat festzustellen, aber die wesentlich höheren Umsätze der beiden ersten Monate des Rechnungsjahres sind nicht erreicht worden. Der Durchschnittspreis scheint sich unter 10,20 Reichsmark je Kilogramm zu stabilisieren.

Bei Pfeifentabak ist der Gewichtsumsatz zwar höher als im Vormonat, entspricht aber dem Gesamtdurchschnitt der ersten fünf Monate des Rechnungsjahres.

*

Rinn & Cloos A.G., Heuchelheim-Gießen

Die Zigarrenfabrik Rinn & Cloos A.G., Heuchelheim-Gießen, die 1931 mit einem Verlust von 294 989 RM. abschloß, um den sich der Gewinnvortrag auf 52 718 RM. ermäßigte, weist für 1932 einen Gewinn von 637 224 RM. aus, von dem 50 000 RM. an das Stiftungskonto und 568 000 RM. an den Sonderreservesfonds überwiesen werden, so daß 71 942 RM. vorzutragen bleiben.

Wer hat noch Ferien zu fordern?

In den Reichstarifen für die Zigarrenherstellung und für das Rauch- und Schnupftabakgewerbe ist festgelegt, daß den Arbeitnehmern die tariflichen Ferien in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober zu gewähren sind. Mit dem 31. Oktober ist also das Ferienjahr 1933 beendet. Alle diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen in der Zigarrenherstellung und im Rauch- und Schnupftabakgewerbe, die für das laufende Jahr noch Ferienansprüche haben, müssen diese ungesäumt bei ihrem Arbeitgeber geltendmachen. Man soll damit nicht bis zum letzten Tage, dem 31. Oktober, warten, sondern sofort müssen die noch rückständigen Ferien und die Lohnentschädigungen dafür verlangt werden.

Niemand darf sein tarifliches Recht auf Ferien freiwillig preisgeben. Sozial denkende Unternehmer lassen sich erst gar nicht zur Gewährung der Ferien nötigen, für sie ist es selbstverständliche Pflicht, den Arbeitern das zu geben, was tariflich vereinbart ist. Leider haben wir aber in den letzten Jahren recht häufig die Erfahrung machen müssen, daß nicht wenige Unternehmer sich den Teufel um Ferien oder sonstige tarifliche Ansprüche der Arbeiter kümmerten, sondern ihr ganzes Augenmerk vielmehr darauf richteten, wie sie am besten die Arbeiter um ihre Ansprüche prellen könnten.

Gelang das nicht mit salbungsvollen, von Arbeiterfreundlichkeit klingenden Worten, so folgten Drohungen mit Entlassungen, mit Betriebsstilllegungen und dergleichen, um die Arbeiterschaft mirbe zu machen und zum Verzicht auf Ferien, auf Zahlung tariflicher Löhne und sonstiger tariflicher Einrichtungen zu veranlassen.

Die Zeiten müssen ein für allemal vorüber sein, wo Unternehmer glaubten, aus der Haut der Arbeiter Riemen schneiden zu können. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin hat unbedingten Anspruch

darauf, daß alle Unternehmer die in den Tarifen festgelegten Bestimmungen erfüllen. Dazu gehört auch, daß jedem Arbeitnehmer für jeden Beschäftigungsmonat der ihm lt. Reichstarif zustehende Ferienanteil gewährt wird.

Wer also noch Ferien zu beanspruchen hat, muß diese noch vor dem 31. Oktober von seinem Arbeitgeber fordern. Sind es ganze Betriebe — was wahrscheinlich gar keine Seltenheit sein wird —, wo die Arbeiter noch keine Ferien bekommen haben, so muß die eingesezte Betriebsvertretung die Ferien für alle Betriebsangehörigen beim Arbeitgeber geltendmachen. Das geschieht am besten in schriftlicher Form, damit später nicht ein Streit darüber entstehen kann, ob die Ferien rechtzeitig gefordert worden sind.

Wer es unterläßt, seine Ferienansprüche bis zum 31. Oktober geltend zu machen, darf sich später nicht beklagen, wenn er seiner Ferien und seines Ferienlohnes für das Jahr 1933 verlustiggegangen ist.

*

Nach der Anordnung des Tarifamtes der Deutschen Arbeitsfront (siehe „Tabak-Arbeiter“ Nr. 25) gilt für die Urlaubsgewährung das, was vertraglich vereinbart ist. Für die Zigarrenherstellung ist durch verbindlichen Schiedsspruch vom 22. März 1933 die Ferienentschädigung für das Notjahr 1933 auf 60 Prozent festgesetzt, für das Rauch- und Schnupftabakgewerbe am 8./11. April vereinbart, daß der Urlaubslohn mit 70 Prozent auszus zahlen ist. Trotzdem hat eine Reihe großer und auch kleiner Betriebe im Rauchtabakgewerbe und in der Zigarrenherstellung den Ferienlohn voll, also mit 100 Prozent gezahlt. Angesichts der Notlage, in der sich auch die Arbeitnehmer befinden, darf wohl mit Recht an das soziale Gewissen aller Unternehmer appelliert werden, ihren Arbeitern die noch zu gewährenden Ferien in voller Höhe zu entschädigen.

Sinn der Gleichschaltung

Das ganze Volk hat in den vergangenen 14 Jahren viele Regierungen kommen und gehen sehen. Jede der Regierungen trat mit einem Programm an die Öffentlichkeit und versprach, daß sie nunmehr die Regierung wäre, die dieses Programm restlos durchführen werde, und daß damit endlich die Zeit gekommen sei, wo wieder bessere politische und wirtschaftliche Verhältnisse Platz greifen würden. Aber so vielgestaltig die Regierungen waren und so verschiedenartig ihre Programme und so großmäulig ihre Versprechungen, so hatten alle diese Regierungen nur eines gemeinsam, nämlich ein vollständiges Versagen.

Die Ursache für diese dauernden Mißerfolge der vergangenen Regierungen lag einestheils an der völligen Untauglichkeit der politischen Mittel, mit denen man Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit beseitigen wollte. Aber ganz abgesehen davon, müssen andererseits für die Durchführung erfolgreicher Politik nicht nur die Mittel tauglich sein, sondern es muß auch ein vollständig intakter Beamten- und Verwaltungsapparat vorhanden sein, der nun die Pläne der Regierung in geeigneter Weise praktisch zur Durchführung bringt.

Es soll nicht bestritten werden, daß es in Deutschland Regierungen gegeben hat, die durchaus geeignete Mittel zur Behebung der darniederliegenden Wirtschaft und damit zur Behebung der Nöte unseres Volkes zur Verfügung hatten. Wenn dennoch die Maßnahmen praktisch keinen Erfolg aufwiesen, so liegt das letzten Endes daran, daß das Volk zu einer Mitarbeit an der Verwirklichung der Maßnahmen nicht herangezogen werden konnte.

Die Zerspaltung des deutschen Volkes in die verschiedensten weltanschaulichen Lager, in mehr als dreißig Parteien und Parteien, ließen eine einheitliche und entschlossene Mithilfe des Volkes an den Entschlüssen und Maßnahmen der Regierung vermissen. Denn es ist nicht möglich, daß eine Regierung ohne die Mithilfe des Volkes praktisch regieren kann und erst recht nicht möglich, Politik gegen das Volk zu betreiben.

So mußte auch zwangsläufig die Regierung Papen, obwohl sie geeignete Mittel zur Behebung der Wirtschaftsnot und Ankurbelung der Wirtschaft ausgearbeitet hatte, versagen und ihre Politik ohne Erfolg betreiben, weil die überwältigende Mehrheit des Volkes eine Hilfe seitens dieser Regierung ablehnte und sich feindselig gegen ihre Maßnahmen einstellte.

Adolf Hitler hatte diese Mißerfolge der Papenschen Politik eben aus diesen Gründen bereits vorausgesagt, und so war es eine Selbstverständlichkeit, daß die Regierung der nationalen Revolution nach ihrem Regierungsantritt zunächst einmal durch geeignete Maßnahmen sich der Mitarbeit des Volkes zum Wiederaufbau der Wirtschaft und zur Behebung der sozialen Mißstände versicherte. Denn nur der geschlossene und einheitliche Wille des Volkes, die Erkenntnis, daß aus dem Elend und der Not dieser Zeit nur nationalsozialistische Politik hinaushelfen konnte, vermag die Regierung in die Lage zu versetzen, mit ihren Maßnahmen praktische Erfolge zu haben. Aus diesem Grunde war die Gleichschaltung nicht nur der Länder und der Parlamente, des Berufsamtentums, sondern auch die Gleichschaltung der Organisationen und Ver-

bände, in denen das Volk organisiert war, notwendig. Erst durch diese Maßnahmen wurden die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Politik der Regierung geschaffen. Sollte aber durch die Gleichschaltung der einheitliche Wille des ganzen Volkes auf die Notwendigkeit einer Politik im nationalsozialistischen Sinne gelenkt werden, so mußten alle die aus dem öffentlichen Leben ausgeschaltet werden, die eine solche Einheit des Willens zu stören trachteten, und die einer so gearteten Politik Schwierigkeiten in den Weg legen wollten. Es ist ein altes und in der Geschichte immer wieder bewiesenes Sprichwort, daß Einigkeit stark macht, und Einigkeit kann eben nur herrschen in einem Volke, wenn jeder Volksgenosse die gleiche weltanschauliche Grundlage besitzt, und wenn alle, die sich zu dieser Weltanschauung im Gegensatz befinden, der Einflußnahme auf die Masse des Volkes entzogen werden.

Damit darf sich aber eine zielbewußte Regierung noch nicht zufriedengeben. Vielmehr ist ihre nächste Aufgabe, den einheitlichen Willenszustand des Volkes zu erhalten und für die Dauer zu befestigen, wie er durch die Gleichschaltung herbeigeführt wurde. Maßnahmen der Regierung, die immer auf eine Politik auf weite Sicht zugeschnitten sind, werden in den seltensten Fällen im Volke sofort richtig verstanden werden. Soll das Volk aber Träger der politischen Maßnahmen sein, muß man es von der Notwendigkeit und Richtigkeit der getroffenen Maßnahmen in jedem Fall zunächst überzeugen. Dies erreicht die Regierung, indem sie ihre Politik zu allen Zeiten in geeigneter Weise vor den Massen des Volkes begründet. Wenn nunmehr so-

Reiseeindrücke eines Aufwärders auf einem Afrikadampfer

4) Von Fritz Heck • Unberechtigter Nachdruck (auch auszugsweise) verboten!

Ja, und dann sei noch einiges gesagt über die Kleidung usw. dieser Hafenkulis. Durch das Klima bedingt, wäre es eigentlich nicht nötig, daß diese schwarzen Gentleman sich um Bekleidungsfragen kümmern. Laufen sie doch auch im Busch fast nackt herum, sogar ohne Kopfbedeckung. Das will etwas heißen in einem Lande, wo die Sonne durch ein Brennglas scheint; ein Weißer würde sich unter dieser Sonne ohne Hut oder Tropenhelm einen prächtigen Gehirnklops holen.

Im allgemeinen ziehen die Schwarzen an, was auch nur die entfernteste Ähnlichkeit mit einem Kleidungsstück hat.

Einer dieser Hafenkulis hatte als einziges Bekleidungsstück ein weibliches Beinkleid an (mit Spitzenbesatz) — weiß der Teufel, wo er es aufgehabelt hat.

Der Anblick genügte, um ein „weißes“ Zwerchfell zum Erschüttern zu bringen. Ein anderer stolzierte mit einem abgelegten Damenhut herum, der von abenteuerlicher Färbung war. Die einzige „Garnierung“ war eine überdimensionale Fahnenfeder, welche dazu beitrug, dem Niggerboy einen durchaus glaubhaften räuberisch-romantischen Anstrich zu geben.

Natürlich sieht man da unten im Süden auch Schwarze, die in tadellosen Sakko-Anzügen herumlaufen oder in blütenweißen Tropenanzügen, tipp-toppem Kragen mit hypermoderner Kramatte, „Reisfäße“ (Strohhut meine ich), Lackschuhen und Stöckchen.

Es ist keine feine Eleganz, sondern mehr „Gigerltum“ und „Diktuerel“. Man merkt auch gerade an diesem über-

eleganten Gehabe des Niggers mit Geld den Mann mit der Kultur, die noch in den Kinderschuhen steckt.

Das äußerste Extrem zu diesem „Neger-Gigerl“ sind die Leute auf dem Kat, die in der Regel so gekleidet sind: Alte Kohlen-, Zucker-, Soda- oder Salzjäckchen dienen als Kleidungsstücke. In das geschlossene Ende des Sackes wird ein Loch geschnitten, durch das der Kopf gesteckt wird. An den Seiten werden gleichfalls ein paar Löcher hineinpraktiziert: die Armlöcher. Dieses ebenso elegante wie praktische Habit vereinigt in sich Rock, Weste, Mantel, Krage und Schlips — (man könnte die Neger beneiden!). Als „dessous“ nimmt man ebenfalls einen Sack: Der Boden wird aufgetrennt, man schlüpft hinein und befestigt ihn mit einem Bindfaden oder einem Stück Draht über den Lenden. Da dieser „Hosenrock“ bis auf die Erde reicht, so erübrigen sich auch Schuhe und Strümpfe. Zur vervollständigung der Eleganz dient noch ein, auch aus Sackstoff fabrizierter, Hut, dem man die Form eines „Käppis“ ge-

wohl die Partei als auch die Deutsche Arbeitsfront einen großen Aufklärungszug mit vielen Tausenden von Versammlungen in die Wege geleitet hat, so nur deshalb, um ihre bisherigen und künftigen politischen Maßnahmen und deren Richtigkeit dem Volke vor Augen zu führen und dadurch wiederum die Massen zu einem einheitlichen Willensträger dieser Politik zusammenzufassen.

Dem gleichen Zwecke dienen auch die festlichen Veranstaltungen, die aus Anlaß des Feiertages der nationalen Arbeit, der Sonnenmende und des Erntebanktages abgehalten wurden. Einige bürgerliche Mörzler erklärten zwar, daß die nationalsozialistische Regierung in der Hauptsache nur Feste zu feiern verstehe. Dem ist jedoch entgegenzuhalten, daß gerade solche Volksfeste, die zugleich tiefe symbolische Bedeutung besitzen, in größtem Ausmaße geeignet sind, die innere Verbundenheit des Volkes zu vertiefen und dadurch eine einheitliche Willensbildung zu ermöglichen. Mit der Feier des 1. Mai als dem Festtag der nationalen Arbeit wurde dem Volke die tiefe sittliche Bedeutung der Arbeit klar vor Augen geführt, und es war daher bereit, der Regierung bei allen Maß-

nahmen auf dem Gebiete der Arbeit zu folgen. Mit dem Feiern des Sonnenwendtages wurde dem Volke die innige Verbundenheit des Nationalsozialismus mit den Tugenden unserer Vorfäter ins Gedächtnis zurückgerufen und damit der nationalen und völkischen Einstellung der Masse des Volkes gedient. Und mit dem Erntebankfest sollte die innige Verbundenheit von Stadt und Land zum Ausdruck gebracht werden und dazu dienen, die agrarpolitischen Maßnahmen der Regierung auch dem Städter und dem Industriearbeiter klarzumachen und sie für die Mitarbeit an der Durchführung dieser Maßnahmen zu gewinnen.

So betrachtet, ist der Sinn der Gleichschaltung nicht nur darin zu erblicken, daß das öffentliche Leben von solchen Elementen befreit wurde, die eine zielbewußte Aufbauarbeit durch Sabotage unmöglich zu machen versuchten, sondern auch darin, daß das Volk in seiner großen Masse zu einem einheitlichen Willensträger dieser Politik zusammengefaßt wurde und dieser Zustand für die Zukunft erhalten wird.

Werner Bunk

Gesamtverband der deutschen Arbeiter.

Anrecht auf nachhaltige Hilfe zu treten. Dieses Recht schließt die Pflicht in sich, daß der einzelne das ihm Mögliche tut, im Regelfall der Hilfe der Gemeinschaft entsagen zu können.

Das Mittel des Staates, diese Hilfe zu gewähren, ist die Sozialversicherung u. g. Durchweg sind die Einrichtungen der deutschen Sozialversicherung sanierungsbedürftig. Für die in nächster Zeit durchzuführende Reform der Versicherungszweige haben folgende Grundsätze zu gelten:

Allgemein muß größte Sparsamkeit und Einfachheit in der Verwaltung durchgesetzt werden. Es ist nicht nur finanziell untragbar, daß aus den Mitteln der Sozialversicherung Klubmöbel und kostspieliger Raumluxus bestritten wird, es ist auch sittlich nicht zu rechtfertigen, daß z. B. mit den Beiträgen jener, die in den erbärmlichsten Wohnräumen hausen, Luxusräume in den Krankenkassen erstellt werden.

Es müssen größte Sicherheiten gegen jede ungerechtfertigte Ausnutzung in die Gesetzgebung eingebaut werden. Es wird jedem Deutschen eingehämmert werden, daß er die für ihn geschaffene Versicherungseinrichtung wie sein Eigentum zu behandeln hat. Bewußte Ausnutzungen sind Schädigungen am Volkswohl. Gegen diese Schädlinge wird rücksichtslos vorgegangen werden. Auch mittelbare Maßnahmen, die Ausnutzungen verhindern können, müssen ergriffen werden.

Nur das von einzelnen Volksgenossen aus eigener Kraft nicht tragbare Wagnis des Arbeitslebens bedarf des Versicherungsschutzes. Der Nationalsozialismus will den starken Menschen, nicht den risikolosen, schwächlichen Menschen.

Die Versicherungseinrichtungen müssen jede Gewähr dafür bieten, daß die vom deutschen Arbeiter eingezahlten Beträge für alle Zeit sichergestellt sind.

Die Organisation der Sozialversicherung ist auf dem Grundsatz der Selbstverwaltung aufzubauen. An Stelle der zahllosen einzelnen Organe mit ihren vielfach unsinnigen Mehrheitsbeschlüssen wird die Verantwortlichkeit der Führung

Sozialpolitische Fragen in der Gegenwart

Vortrag des Hg. Bruder, Stellvert. Leiter des Gesamtverbandes der deutschen Arbeiter

(Schluß)

Zur Erziehung der Frauen und der weiblichen Bevölkerung müssen Sondermaßnahmen ergriffen werden. Bei der Erziehung der weiblichen Volksgenossen tritt die Berufsausbildung wesentlich in den Hintergrund, da ihre Schulung und Ausbildung primär den Zweck verfolgt, die deutsche Frau für ihre Aufgabe als deutsche Mutter zu ertüchtigen. Die Landwirtschaft ist ebenso wie jede handwerkliche Tätigkeit als gelernter Beruf zu werten. Das alleinige Gut des Arbeiters ist seine Arbeitskraft. Ihr Verlust

bedeutet meist für ihn auch Existenzverlust. Ursachen solchen Verlustes sind Krankheit, Unfallfolgen, Invalidität, Alter usw. Der deutsche Mensch, der sein Leben hindurch wertvolle Arbeit für sein Volk verrichtet und durch Fleiß, Sachkenntnis und Pflichterfer zur Wehrung des deutschen Volksvermögens sein Teil beigetragen hat, hat ein sittliches Anrecht darauf, in Fällen unverschuldeter Not oder im Alter von der Gemeinschaft so versorgt zu werden, daß er nicht in völliger Armut sein Leben beschließen muß. An Stelle des Almofens hat das

geben hat, also mit zwei Spitzen ohne Schirm, an der vorderen Spitze sitzt eine lustige Troddel. . . .

Eine Gegenüberstellung des afrikanischen und des europäischen Arbeiters könnte zu dem Resultat führen, daß der Lebensstandard des ersteren erheblich unter dem des letzteren stünde. Man läßt sich nur leicht von der Primitivität des Lebens der Schwarzen täuschen. Es ist wahr, wenn der Neger weißes Brot, einige Kupfermünzen und allenfalls eine Zigarette hat, dann ist er der glücklichste Mensch auf Gottes weltlichem Erdboden und keine Arbeit ist ihm zu schwer, zu lang und zu drechig, um diese drei Teile zu erlangen. Er hat seine eigene Hütte mit Drum und Dran — er braucht nicht mehr.

Und der weiße Arbeiter? Ist er auch zufrieden mit einem Brot, mit Kupfergeld und Zigarette? Nein, — und er kann es auch nicht. Warum kann er es nicht? Nun, weil er kultivierter ist als ein Neger. Das ist richtig, nur hat er am wenigsten Anteil an dieser zunehmenden

Kultivierung. Die Fortschritte auf dem Gebiete der Lebensverfeinerung kommen ihm soviel wie gar nicht zugute. Sein Streben ist nun also, auch dieser Fortschritte der Kultur teilhaftig zu werden, und so ist denn das Leben des Arbeiters ein immerwährender Kampf mit der Differenz zwischen seinen Begierden und der Erfüllung derselben. Je hochgespannter also die Wünsche sein werden, desto heftiger wird auch der Kampf sein.

Die Spanne zwischen Begierde und Erfüllung beim Schwarzen ist dank seinem niedrigen kulturellen Niveau eine derart kleine, daß vom Kampf im obigen Sinne kaum die Rede sein kann und also auch nicht von Unzufriedenheit. —

Lourenco Marques — Portugiesisch Ost-Afrika. Eine der malerischsten Hafeneinfahrten der Ostküste Afrikas. Jäh abfallende Steinküste, Roterde, Hänge mit saftigem Grün, hier und dort die weißen Tropenhäuser — ein schöner Anblick.

Die Stadt selbst: nun, war man in Lissabon, und nicht gerade in den ele-

gantesten Vierteln, denkt sich noch hinzu afrikanische Drecksigkeit und Primitivität, so kann man sich ungefähr ein Bild machen, wie es in einer portugiesischen Kolonie aussieht. Straßenbeleuchtung unter aller Kanone, viele Straßen schreien direkt nach Hals- und Beinbruch. Die einzigen sauberen Läden sind deutsche.

Ein ansehnlicher Teil der Stadt ist auf Nepp und Gaunerei eingestellt. Bar neben Bar mit bemalten Girls zur „Aufreizung der Sinnenlust der Seeleute“ Da die Preise nach deutschen Verhältnissen gerechnet horrend sind, so machen die meisten Bars einen recht toten Eindruck.

Der Bahnhof mit seiner prächtigen Architektur paßt eigentlich gar nicht in dieses wenig ansprechende Milieu hinein. In Beira, ebenfalls Portugiesisch Ost-Afrika, hatten wir die Hälfte unserer Reise beendet; ein paar Tage waren wir ohne Passagiere — es wurde Landurlaub erteilt. Morgens um 9 Uhr zogen wir los, fünf Mann hoch, mit „Abenteurerlust“ geladen bis unter die ungeheuren Tropenhelme, — die schon eher kleinen

Vertreter der beteiligten Versicherten und der beitragsleistenden Unternehmer werden diese Führung beraten. Durch den Ausbau einer solchen Selbstverwaltung wird wieder das Vertrauen der versicherten Arbeiter zu ihren Versicherungseinrichtungen wachsen.

Die Versicherungs-Rechtsprechung muß wesentlich vereinfacht werden. Der heutige riesengroße Leerlauf muß beseitigt werden. Die Rechtsprechungsstellen haben sich größter Klarheit und Einfachheit in der Rechtsprechung zu befleißigen.

In der Krankenversicherung muß die Sachleistung möglichst gut und möglichst langfristig sein. Die Organe der Versicherungsträger müssen in der Lage sein, das ihnen anvertraute Sachgebiet auch räumlich übersehen zu können. Der Familienhilfe kommt im nationalsozialistischen Staat größere Bedeutung als bisher zu. Sie muß deshalb ausgebaut und zur Pflichtleistung erhoben werden.

Die Unfallversicherung ist die Ablösung der Haftpflicht des Unternehmers. Den Schwerverletzten und Hinterbliebenen wird besonders weitgehender Schutz gewährt werden müssen. Eine ausgebaute Berufsfürsorge muß den Verletzten jede Möglichkeit bieten, sich durch geeignete Umschulung zu neuer Erwerbstätigkeit vorzubereiten. Die Unfallverhütung wird eine weitgehende Ausweitung erfahren.

In der Invalidenversicherung muß das solide Kapitaldeckungsverfahren wieder eingeführt werden. Dieses Verfahren allein bürgt dafür, daß die in die Versicherung eingezahlten Geldmittel auch tatsächlich im Falle des Alters und der Invalidität und für die Hinterbliebenen in Form von Renten zur Verfügung steht. Die Höhe der Invalidenrente muß über der Wohlfahrtsunterstützung liegen, sie muß also einen wirtschaftlichen Wert für den Versicherten haben. Es wäre unerträglich, wenn die alten und invaliden Arbeiter schlechter gestellt sein sollten als die von der Wohlfahrt betreuten Sozialen.

Vor uns steht ferner die große Aufgabe, eine allgemeine Altersversorgung für alle schaffenden Deutschen auf-

zubauen. Jedem deutschen Volksgenossen soll von einem bestimmten Lebensalter an eine auskömmliche Rente sichergestellt werden. Denn nicht so sehr die Unzufriedenheit mit dem Lohn löst die soziale Spannung aus, sondern vielmehr die Unsicherheit im Alter. So wie man bei Staatsbeamten durch die Ruhestandsversorgung eine vorbildliche und gute Lösung gefunden hat, muß es das höchste Ziel der Sozialpolitik sein, dieses Vorbild zum Allgemeingut aller Volksgenossen zu machen, die ein bestimmtes Alter erreicht haben. Um dieses hohe Ziel erreichen zu können, ist die Mithilfe aller erforderlich, und keiner soll sich seiner Pflicht entziehen können, solidarisch zu diesem Werk beizutragen.

*

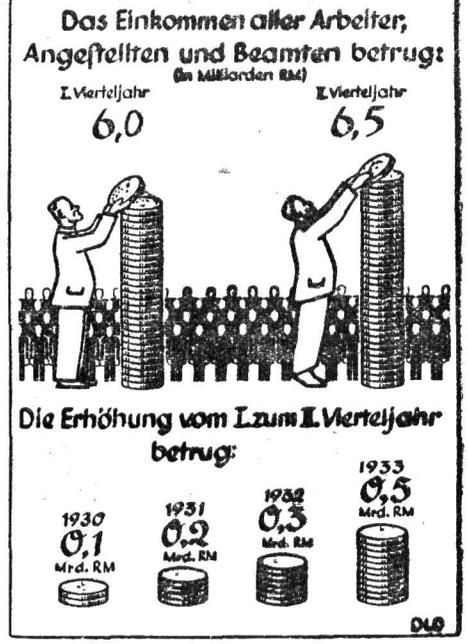
Unendlich groß ist die Fülle der sozialpolitischen Aufgaben des neuen Reiches. Zahlreich und schwierig sind die sozialen Probleme, die der gerechten deutschen Lösung harren. In erster Linie aber ist die soziale Frage eine Frage der Erziehung und Schulung, der weltanschaulichen Grundlegung. Groß aber ist auch das soziale Ziel, das uns gestellt ist. Aus dem Gegeneinander soll das Füreinander, aus dem Klassenkampf die Gemeinschaftsarbeit werden. An Stelle der sozialen Unsicherheit soll der Glaube an die Sicherheit aller Volksgenossen treten. Aus dem Gefühl des Knechtsdaseins soll das Herrentum des arbeitenden Deutschen wachsen.

In den Dienst dieser hohen Aufgabe unsere ganze Kraft und unser ganzes Können zu setzen, sei uns Gelöbnis in dieser Stunde.

126 000

Exemplare umfaßt diese Auflage unserer Fachzeitung

Das Arbeitseinkommen steigt



Die wirtschaftliche Besserung hat sich auch auf die Einkommensverhältnisse breiter Volksschichten ausgewirkt. Das Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten (ohne Pensionen) ist vom ersten bis zweiten Vierteljahr 1933 nach Schätzungen des Instituts für Konjunkturforschung namentlich infolge der Verringerung der Arbeitslosigkeit um eine halbe Milliarde gestiegen. Nun pflegt zwar regelmäßig im Frühjahr und Sommer das Arbeitseinkommen infolge der jahreszeitlich (saisonmäßig) gebesserten Beschäftigungslage zu steigen. In diesem Jahre aber geht die Zunahme des Arbeitseinkommens wesentlich über das sonst übliche jahreszeitliche Maß hinaus. — Der Verfall der Beschäftigung und des Arbeitseinkommens wurde also aufgehalten; ein neuer Aufstieg hat begonnen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Auswirkung der großzügig eingeleiteten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Reiches, der Reichsbahn und der Reichspost in diesen Ziffern noch nicht zum Ausdruck kommt. Eine weitere Zunahme der Beschäftigung und damit des Arbeitseinkommens ist im dritten Vierteljahr zu verzeichnen.

Negerhütten gleichen. Wir ließen uns an Land setzen, weil der „Kasten“ auf Reede lag, hielten an der Pier den Zollbeamten mit den olivengrünen Gesichtern unsere Stullenpakete unter die Nase und „er-gossen“ uns in die Stadt. Selbstverständlich hatten wir kein Interesse, in diesen staubigen, sonnendurchglühten Straßen herumzustreichen wie heimatlose Hunde, sondern wir wollten ins „Innere“. Wenn es ging fahrenderweise.

Beira weist eine „komfortable“ Straßenbahn auf mit „Fernverkehr“. Diese „Bahn“ bestand aus Feldbahngleisen, befahren von Befährten, die man bei uns als „Loren“ oder „Hunde“ bezeichnet. Antrieb: 1 MS. (Menschenstärke). Diese Fuhrunternehmer schlenen aber unter Hitze gelitten zu haben, denn sie forderten Fahrpreise, für die man bald das ganze Fuhrunternehmen hätte kaufen können mit totem und lebendem Inventar.

Also: laufen. Na, zuerst macht das ja auch allerhand Spaß, jeder hatte das Rigger mit Recht für nicht normal hielten.

Nach und nach nahm aber die Hitze zu. Alles blendete und flimmerte, das Gehirnwasser fing an zu kochen und das Im-Sande-Herumlaufen wurde verdammt mühsam. Schließlich kamen wir in einem kleinen Negerdorf an. Die Eingeborenen brachten uns keine Ovationen dar, sondern betrachteten uns mit unverhohlenem Mißtrauen (man muß wohl von unseren freundschaftlichen Absichten nicht ganz überzeugt gewesen sein). Natürlich ließen wir uns dadurch nicht abhalten, in jedes Hüttchen unsere neugierigen Nasen hineinzustecken.

Neben den charakteristischen kegelförmigen Negerhütten aus Pfählen und Palmstroh hatte man auch regelrechte „Wochenendhäuser“ gebaut: senkrecht vier Wände mit Dach; die Wände aus Flechtwerk, beworfen mit Lehm, Dreck etc. Das Mobiliar war im allgemeinen recht wenig komfortabel. Hier und da sah man eine verrostete eiserne Bettstelle — gewissermaßen als „Haushelligtum“.

Seltsam kontrastierte die jahrtausend-alte Mehlbereitung — in großen hölzer-

nen Stampfmörsern oder zwischen zwei Steinen mit der Hand bedient — mit der Handhabung von Aluminiumgeschirr und Streichhölzern. In einer Hütte stand stolz ein funkelneues Fahrrad; auch dieses Vehikel erfreut sich bei den Negern allgemeiner Beliebtheit.

Die Reinlichkeit der Speiszubereitung hätte mancher europäischen Köchin als Beispiel dienen können.

Große Aufregung verursachten wir mit unserem „Kodak“. Wie blödsinnig stob das ganze Volk in die Hütten und versammelte sich. Wahrscheinlich sahen die Nigger den „Kodak“ für einen Behälter mit einem bösen „Dämon“ an — daher die regellose Flucht.

Im weiteren Verlaufe unserer „Expedition“ landeten wir auf einer Kokosfarm. Bei frischer Kokosmilch, kühlem Schatten und reichlich Zigaretten glerigen Schwarzen gewannen wir einen einzigartigen afrikanischen Sonntagnachmittag.

Mosambique — gegenüber der Insel Madagaskar. Die Hafeneinfahrt beherrscht von einem mächtigen Kastell.

Ein wichtiges Urteil zur Invaliden-Versicherung

Wann ist ein Arbeiter Invalide und berechtigt, die Invalidenrente in Anspruch zu nehmen? Die Antwort, die die Reichs-Versicherungsordnung auf diese Frage gibt, beschäftigt als Auslegungsberechtigte vielfach die Versicherungsbehörden. Die Reichs-Versicherungsordnung erkennt nämlich das Vorliegen von Invalidität nur dann an, wenn der Versicherte nur noch weniger als ein Drittel dessen zu erwerben vermag, was gesunde Personen mit ähnlicher Ausbildung durch Arbeit zu verdienen pflegen. Es ist einleuchtend, daß die Entscheidung über diese Verdienstoffähigkeit aber nicht zu trennen ist von der allgemeinen Lage des Arbeitsmarktes und von der Arbeitsgelegenheit, die sich dort solchen Erwerbsbeschränkten bietet. Nun hat allerdings das Reichs-Versicherungsamt, namentlich in der letzten Zeit, auf die grundsätzlichen Wandlungen des Arbeitsmarktes nur wenig Rücksicht genommen und das Drittel Arbeitsfähigkeit auch in solchen Fällen als vorliegend anerkannt, in denen mit einer so verminderten Arbeitsfähigkeit ein Arbeitsplatz auf dem Arbeitsmarkt praktisch gar nicht mehr zu erringen war.

Von dieser Auffassung wendet sich entschieden ab ein neues Urteil eines Oberversicherungsamtes, über das das „Zentralblatt für Reichsversicherung und Reichsverförgung“ berichtet, und von dem es mit Recht sagt, daß sich in ihm die soziale Idee des Nationalsozialismus fortschrittlich und rechtsbildend auswirkt. Es handelte sich um den Rentenantrag einer 58jährigen Frau, die Mutter von sechs Kindern war, deren Erwerbsfähigkeit nach ärztlichem Gutachten jedoch noch 50 v. H. betragen sollte, so daß danach ihr Rentenanspruch hätte abgelehnt werden müssen. Das genannte Urteil des Oberversicherungsamtes verweist demgegenüber in seiner Begründung darauf, daß durch die Gesetzgebung des nationalsozialistischen Staates beabsichtigt werde, die Mutterchaft in ganz anderem Maße zu schützen als bisher, und daß auch die

in der Reichs-Versicherungsordnung für die Altersversorgung der Arbeiter gezogene Grenze des 65. Lebensjahres in keiner Weise mehr dem Verbrauch der schaffenden Menschen auf dem Arbeitsmarkt entspreche. Die Gerichte dürften nicht mehr vom grünen Tisch her ein Drittel Arbeitsfähigkeit zusprechen, wenn nicht auch wirklich die Möglichkeit eines entsprechenden Arbeitsverdienstes auf dem Arbeitsmarkt bestehe. Entgegen

dem Gutachten des Arztes wurde festgestellt, daß die 58jährige Frau, obwohl sie die Grenze des 65. Lebensjahres noch nicht erreicht hatte, als Mutter von sechs Kindern nicht mehr in der Lage sei, das erforderliche Lohndrittel auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu verdienen.

Dieser Entscheidung zustimmend weist das „Zentralblatt“ darauf hin, daß heute das freie richterliche Ermessen gegenüber dem noch unvollkommenen Recht verstärkt einsetzen müsse, damit wirkliches Recht gefunden wird.

Der größte Bucherfolg der Welt

Kennzeichnend für das Gesicht des neuen, nationalsozialistischen Deutschland: Im Schoße der größten Arbeiterorganisation der Welt, in der Deutschen Arbeitsfront, wird zur Zeit am größten Bucherfolg der Welt gearbeitet! Hämisch hat die marxistische Internationale versucht, dem Deutschland der nationalsozialistischen Erhebung Buchfeindschaft, also grundsätzliche Gegnerchaft gegen Literatur und Kultur, anzuhängen. Mit allzu verbändigem Eifer hat man auf die Bücherverbrennungen in Deutschland hingewiesen. Jasoohl: die deutsche Jugend, der deutsche Arbeiter haben Bücher verbrannt, — aber sie verbrannten Schund und Schmutz! Symbolhaft haben Träger der deutschen Erhebung unftliche, klassenhekerische, bolschewistische und kulturfeindliche Bücher der verzehrenden Flamme preisgegeben! Sie haben damit ein Bekenntnis zur wahren Kultur, ein Bekenntnis zu wertvoller Literatur, ein weithin sichtbares, frohes und entschlossenes Bekenntnis zum Volk der Dichter und Denker abgelegt!

Nun tritt der deutsche Arbeiter dafür den Beweis an. Mit dem „Kalender der Deutschen Arbeit 1934“ wirbt der deutsche Arbeiter für ein 224 Seiten starkes Buch von höchstem literarischem, kulturellem und politischem Wert, das in wenigen Wochen das meistgelesene Buch aller Zeiten der ganzen Welt sein wird: es wird eine Auflage von nicht weniger als vier Millionen Stück haben, — weitere Auflagen werden bereits vorbereitet.

Herausgegeben vom Führer des Gesamtverbandes der Deutschen Arbeiter, Preußischen Staatsrat Walter Schuhmann, M. v. R., mit Beiträgen der führenden Männer

der deutschen Arbeiterschaft, des Führers der Deutschen Arbeitsfront, Preuß. Staatsrats Dr. Ley, des Führers des Gesamtverbandes der Deutschen Angestellten, Staatsrats Forster, des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, und anderen Vorkämpfern des neuen Deutschland wird dieses Buch, das Zeugnis vom Wollen und Können des neuen werktätigen deutschen Menschen ablegt, das Ohr der ganzen Welt finden. Ganz Deutschland, alle Schichten und Stände, werden zu diesem einzigartigen Werk greifen, die deutschen Arbeiter und Angestellten werden es als den glänzendsten Ausdruck ihres Empfindens entgegennehmen.

Sechs Wochen lang rasen die Rotationsmaschinen modernster deutscher Druckereten, um das Werk herzustellen. Sechs Wochen lang sind Tag und Nacht Buchbinder am Werke, um das Buch zu heften. Woche für Woche werden 20 Wagonlabungen, von denen jede einzelne 30 000 Kalender umfaßt, ins deutsche Land hinausgehen, um den „Kalender der Deutschen Arbeit 1934“ zu seinem Käufer zu bringen.

224 Seiten ist das Buch stark. Glanzvollster deutscher Frakturdruck, hervorragende Bildausstattung, und 50 Pfennige nur wird der „Kalender der Deutschen Arbeit“ kosten! Er wird nicht nur das meistgelesene, sondern auch das in dieser Qualität billigste Buch der ganzen Welt sein!

Ein Bekenntnis zur Ehre der Arbeit, zum Volk und Vaterland, zum Deutschland Adolf Hitlers, zur Welt des werktätigen deutschen Menschen, — das ist dieses Buch.

Oskar Krüger.

Drohend — mit längst toten Mündern — starren Kanonen zu uns herüber.

Trüge nicht das Stadtbild einen durchaus tropischen Charakter, so könnte man wähnen, an der italienischen oder französischen Küste des Mittelmeeres zu sein.

Zanzibar oder Sansibar — dazumalen deutsch — feinerzeit ausgetauscht gegen Helgoland. Eine der ältesten Hafenstädte und Handelsstätten Afrikas. Der Handel durchweg in den Händen von Indern. Zanzibar — obwohl unter Herrschaft Englands — wird beherrscht von einem Sultan, der gleichzeitig in Zanzibar residiert. Ein Palast in orientalischer Architektur, der Palast des Sultans. Indische und orientalische, vermischt mit europäischer und eingeborener Kultur geben der Stadt einen äußerst interessanten und vielfarbenen Anstrich.

Zu erwähnen hatte ich noch vergessen im ehemaligen Deutsch-Ostafrika:

Dar-es-salaam — einer der wichtigsten Punkte der Kolonie und auch einer der heißumstrittensten während des letzten Weltkrieges.

Zeuge jener Kämpfe ist ein Schwimmdock, welches man versucht hatte als Blockade vor die Hafeneinfahrt zu legen — allerdings ist dieser Versuch nur zur Hälfte geglückt, die Sprengladung, die das Dock zum Sinken bringen sollte, ging zu früh los.

Jedenfalls ist dies eins der sprechendsten und als Symbol unübertrefflichsten „Kriegerdenkmäler“ was man sich denken kann.

Dar-es-salaam macht auf den ersten Blick, wenn man sich den tropischen Charakter fortdenkt — den Eindruck einer deutschen Kleinstadt, mit seinen beiden Kirchen, seinen hübschen Anlagen und halb palastähnlichen Verwaltungs- und Gouvernementsgebäuden.

Lustig schmectern die Signale der englischen Kolonialtruppen herüber, ja, es ist kein preußischer Präsentiermarsch oder der Zapfenstreich: „Soldaten müssen nach Hause gehen . . .“

Wir laufen noch Tanga an — auch ein Hafen des früheren Deutsch-Ostafrika. Kostrot, wie ein mächtiges Untier, liegt am äußersten Rande des nur kleinen

Hafens das Wrack eines ehemaligen deutschen Kanonenbootes, das in einem Aufstunde der Eingeborenen, so um 1906 herum, von seinem Kommandanten auf den Strand „gefezt“ wurde.

5 Grad südlich des Äquators, die Höhe nimmt merklich zu und erreicht oft vierzig Grad Celsius — oft scheint's die Hölle — doch sollte es noch besser kommen.

Als letzten Äquatorialhafen Afrikas laufen wir noch Kilindini (Mombassa) in Britisch-Ostafrika an.

Und dann geht's in direktem Kurs an der Küste von Italienisch-Somaliland entlang — Kap Guardafui — Golf von Aden — westlicher Kurs auf die Stadt Aden — Arabien — das Wunderland.

Augenscheinlich offenbaren sich hier die Wunder Arabiens noch nicht. Vermunderlich ist es nur, daß in dieser „Teufels-Esse“ überhaupt Menschen leben können. Ein wildes Felsengebirge — rotgebrannt von der Sonne — jedes Pflanzenleben unmöglich — das Klima für Europäer wenig erträglich.

(Schluß folgt.)

Aus Bezirken und Ortsgruppen

Deltsh. Am Sonabend, 26. September, fand eine Versammlung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes innerhalb der Deutschen Arbeitsfront im „Eindenhof“ statt. Die Vorsitzende, Frau Schneider, eröffnete die Versammlung und begrüßte die Erschienenen. Dann sprach Pg. Hans Nische (Leipzig) zunächst über Tariffragen des Verbandes. Die Tarife seien dringend der Abänderung bedürftig. Gerade im Tabakgewerbe herrsche die Ausbeutungssucht des Unternehmertums noch besonders stark. Hier werde mehr als anderswo unter Tarif gearbeitet. Das müsse unter der Herrschaft der NSD. unbedingt anders werden. Darum müsse das ganze Volk hinter der Regierung stehen und jeder Volksgenosse habe seine Staatsbürgerpflicht voll und ganz zu erfüllen. Zerkleinerungsbestrebungen dürfe es nicht mehr geben. Jetzt wird überall wieder Aufbau- und Erziehungsarbeit geleistet. Von den zu lösenden Aufgaben sei die wichtigste die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Alsdann streifte Redner das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung. Die Beseitigung der Maschine habe hier seine besondere Bedeutung. Weiter behandelte der Redner die aktuellen Fragen der Deutschen Arbeitsfront und die Stellung des einzelnen in derselben. Das Ziel des Ständischen Aufbaus sei das Wollen der Wirtschaft und die Eingliederung der schaffenden Menschen in die Wirtschaft. — Nach einer kurzen Aussprache fand die Versammlung mit einem Sieg-Heil auf den Führer und dem Gesang der ersten Strophe des Horst-Wessel-Liedes ihr Ende.

Demgo. In einer gutbesuchten Abendveranstaltung feierte der Tabakarbeiter-Verband Demgo am Sonnabend, 7. Oktober, im großen Köddingschen Saale sein 50jähriges Bestehen. Der Saal und die Bühne waren wundervoll geschmückt; eine große „50“ leuchtete weithin in Blumenfarben. Nachdem der Ortsgruppenleiter Franke die Veranstaltung mit herzlichen Begrüßungsworten eröffnet hatte, ergriff der als Gast anwesende Verbandsbezirksleiter Altvater das Wort zu einer längeren Ansprache. Der Redner erinnerte an die vergangenen Jahre des Kampfes und betonte, daß der deutsche Arbeiter hin und her gewandert sei und sich selbst gesucht habe. Jahrelang habe man dem Arbeiter vorgeredet, daß er nichts sei, daß er keine Bildung habe, daß er kein Geld und Gut besitze, daß er eine Klasse für sich wäre und deshalb für seine Klasse zu kämpfen und zu streiten habe. Der deutsche Arbeiter sah sich verstoßen und glaubte den falschen Propheten, die ihm vorredeten, daß er Proletarier sei. Adolf Hitler mußte erst dem deutschen Arbeiter seine Seele zurückgeben und ihn ins Vaterland zurückführen. Heute ist ihm der deutsche Arbeiter dafür dankbar. Standesunterschiede gibt es nicht mehr, und der deutsche Arbeiter ist heute bewußt deutscher Volksgenosse geworden. Mit ehernen Lettern, so führte der Redner weiter aus, ist die Geschichte des deutschen Arbeiters in diesem Jahr verzeichnet. Am 1. Mai, als alle, ohne Unterschied, zur Ehre der Arbeit marschierten, am 2. Mai, als die Gewerkschaftshäuser besetzt und mit den 58 und mehr Gewerkschaften ausgeräumt wurde, und schließlich der 10. Mai, an dem Adolf Hitler die 400 Arbeiterführer nach Berlin berief, und die Schirmherrschaft über die deutsche Arbeitsfront übernahm. Heute stehen alle Arbeiter, Angestellten und Arbeitgeber in der deutschen Arbeitsfront zusammen und reichen sich die Hände und arbeiten unter der Devise: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“. Früher wurden die Arbeitergroßen verschleudert und zum Bau großer Paläste verwendet, heute sollen die Arbeitergroßen den Arbeitern wieder zugute kommen. Der Redner verwies darauf, daß die Verwaltungskosten der Hauptverwaltung in Bremen von 17½ auf

34 Prozent hätten gesenkt werden können, trotzdem die dreifache Anzahl von Mitgliedern vorhanden sei. Bei der Behandlung weiterer sachlicher Fragen hob der Redner das Maschinenverbot hervor. Dadurch seien allerdings einige weibliche Arbeitskräfte brotlos geworden, aber viele Hunderte von Männern hätten wieder Arbeit gefunden. Der Redner erinnerte an frühere Zeiten, in denen die Tabakindustrie der Patekel für Steuern und Zölle gewesen sei. Die Tabakindustrie mußte sterben, damit der Youngplan leben konnte. Die versprochenen Unterstützungssätze seien nur ein Jahr lang bezahlt worden, 80—90 Prozent der Zigarrenarbeiter seien untertariflich bezahlt worden. Nachdem der Redner dann noch auf die Frage des Wideltsch eingegangen war, stellte er die Forderung auf, daß alle im Deutschen Tabakarbeiter-Verband organisiert sein müßten, damit nicht einer die anderen für sich kämpfen und opfern lasse. Mit den Arbeitergroßen, die in der deutschen Arbeitsfront zusammenkämen, wollten wir dem Führer helfen, die goldene Internationale zu verschlagen und die Brechung der Zinsnechtschaft zu erreichen. Für den § 163, der jedem Deutschen Unterstützung zusage, wollte die Bewegung einen anderen Paragraphen setzen, der jedem Deutschen das Recht auf Arbeit gebe. Wir könnten nur wieder groß und reich werden, wenn wir arbeiteten. Adolf Hitler habe sich das große Ziel gesetzt, ein schönes, großes deutsches Vaterland zu schaffen und nicht eher zu ruhen, bis der deutsche Arbeiter wieder den Weg zu seinem Vaterland gefunden habe. Alle müß-

ten der Weidrommel „Woll ans Gewehr“ folgen, auch wenn der Weg noch durch dunkle Täler führen sollte. Der Redner nahm anschließend die Ehrung der Jubilare und Jubilantinnen des Tabakarbeiter-Verbandes vor. Leider seien unter den alten Mitgliedern keine mehr, die noch die Gründung miterlebt hätten. Die Gründer damals hätten es ehrlich mit ihrem Streiten gemeint, und das sei ihnen hoch angerechnet. Der Redner überreichte dann den Jubilaren Diplome und Geschenke und überbrachte ihnen gleichzeitig die Glückwünsche der Verbandsleitung in Bremen. Die beiden alten Mitglieder Charlotte Münz und Lina Mundhenke erhielten für 25jährige Mitgliedschaft das Ehrendiplom. August Beha (34 Jahre), Karl Reuter-Brake (28 Jahre), Fritz Sturhahn (27 Jahre), Frau Brött (29 Jahre) und Erna Fasse (28 Jahre Mitglied) erhielten ebenfalls ein Geschenk. Nachdem der Redner den Wert der Arbeit noch einmal beleuchtet hatte, brachte er ein Hoch auf Volk, Vaterland und Volkskanzler aus, in das alle einstimmen. Gemeinsam wurde darauf das Deutschlandlied gesungen. Ratsherr Stille überbrachte die Glückwünsche der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation, während der Ortsgruppenleiter, Herr Franke, für die schönen Stiftungen namens des Verbandes Dank und Anerkennung aussprach. Dann wurde der Saal freigegeben zum Tanz, zu dem Mitglieder der Kapelle Baule aufspielten. In Harmonie und Eintracht verlebten die vielen, die den Weg zum Jubelfest gefunden hatten, dann einige gemütliche Stunden, bis die Abschiedsstunde den stimmungsvollen Festabend beendete.

Heimarbeiter bleiben in der Arbeitslosenversicherung

Die Frage, ob die Arbeitslosenversicherung auch für die Heimindustrie die geeignete Form der Unterstützung von Arbeitslosen darstellt, ist schon lange ehr umstritten, weil die hier vorliegenden besonderen Verhältnisse, namentlich die Schwierigkeiten der Kontrolle und die vielen Abstufungen zwischen selbständigen Gewerbetreibenden und wirklichen Heimarbeitern die ordnungsmäßige Durchführung der Versicherung hemmen. Trotzdem ist bislang, namentlich auch mit Rücksicht auf die Notlage der typischen Heimarbeitergemeinden — man denke nur an die thüringischen oder schlesischen Heimarbeiterdörfer — die Versicherung, wenn auch mit einer Reihe von Einschränkungen, aufrechterhalten geblieben. Die entsprechende Verordnung wäre am 30. 9. 33 abgelaufen, sie ist aber nun vom Präsidenten der Reichsanstalt bis zum 31. 3. 34 verlängert worden.

Keine Betriebsrätewahlen bis 31. Dezember 1933

Das Gesetz über Betriebsvertretungen vom 4. April 1933 gab den obersten Landesregierungen das Recht, aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die Wahlen zu den gesetzlichen Betriebsvertretungen bis längstens 30. September 1933 auszusetzen. Von diesem Recht haben die obersten Landesbehörden Gebrauch gemacht.

Die Reichsregierung hat sich nun entschlossen, durch Gesetz vom 26. September 1933 dieses Recht der Landesregierungen

um in einer Zeit, die durch den Kampf bis zum 31. Dezember 1933 zu verlängern, der Reichsregierung gegen die Arbeitslosigkeit besondere Anforderungen an alle Kräfte der Wirtschaft stellt, jede Beunruhigung des Wirtschaftslebens fernzuhalten.

Bekanntmachung

Die NSD.-Pressestelle teilt mit:

Da alle NSD.-Mitglieder nach Anweisung des Stabsleiters der PD., Pg. Dr. Ley, gleichzeitig in die Verbände der Deutschen Arbeitsfront überführt werden, erhebt die NSD. keine selbständigen Mitgliedsbeiträge mehr. Zur Deckung der laufenden Ausgaben zahlen die Mitglieder der NSD. lediglich einen besonderen Werbebeitrag von monatlich 25 Pfennig bei einem Einkommen bis zu 150 RM. Bei einem darüber hinausgehenden Einkommen sind 35 Pfennig für den Werbefonds zu ertichten. gez. Biallas, Leiter der NSD.-Pressestelle,

Arbeitsdienst in Danzig

In Danzig ist eine Vereinheitlichung des Arbeitsdienstes in der Form erfolgt, daß es in Zukunft nur noch einen einzigen Träger für den Arbeitsdienst, den „Danziger freiwilligen Arbeitsdienst“ gibt. Dieser hat alle bestehenden Arbeitsdienstlager bereits übernommen. Damit ist die Grundlage für die Einführung der Arbeitsdienstpflicht geschaffen worden, die auch in Danzig energisch vorbereitet wird.

Nachlässigkeit ober . . . ?

Das Presseamt der Deutschen Arbeitsfront hat der Hauptschriftleitung der Berliner Zeitung „12 Uhr Blatt“ den untenstehenden Bericht geschrieben, dem wir seiner Deutlichkeit wegen keinen Kommentar mehr anzufügen brauchen:

„Berlin, den 22. September 1933.

Be/Alk.

An den
Herrn Chefredakteur des „12 Uhr Blattes“
Berlin SW 68, Wilhelmstr. 18.

In Nr. 222 Ihrer Zeitung vom Freitag, dem 22. September 1933, schreiben Sie bei der Schilderung eines Verbrechens folgendes:

„. . . Den Arbeitskreisen scheint er jedenfalls nicht anzugehören, im Gegenteil: er macht sogar einen intelligenten Eindruck“ usw.

Das heißt also, daß jemand, der arbeitet, nicht intelligent oder umgekehrt, daß der, der nicht arbeitet, intelligent ist. Uns erscheint diese von Ihnen beliebte Formulierung als ein besonders krasser Fall. Wir erlauben Sie deshalb, Ihre Redaktion anzudeuten, daß derartig unglückliche Begriffsbestimmungen in Zukunft vermieden werden. Gerade die Deutsche Arbeitsfront, die sich als Vertreterin des gesamten schaffenden Volkes dafür verantwortlich fühlt, daß der Begriff, die Ehre und die Würde der Arbeit nicht durch verantwortungslose oder nachlässige Journalistik herabgezogen wird, kann nicht dulden, daß in der deutschen Presse Ihre Arbeit durch solche Begriffsverwirrungen wie die vorliegende gestört wird.

Heil Hitler!

gez. Hans Biallas,

Beitrag des Presseamts der Deutschen Arbeitsfront.“

Wirtschaftsnachrichten

Wirksame Hilfe für die Gemeinden

Das Gemeindeumschuldungsgesetz vom 21. September ist geeignet, einem gefährlichen und höchst unerfreulichen Zustand der Gemeindefinanzen ein Ende zu bereiten. Denn es ist auf die Dauer eine Unmöglichkeit, daß, wie der Deutsche Gemeindefinanztag noch kürzlich feststellte, von den Gemeinden und Gemeindeverbänden in den ersten Monaten 1933 nur noch 50 Prozent ihrer Zinsen und 30 Prozent der Tilgungssummen bezahlt wurden. Die neue Regelung wird auch auf diesem Gebiet wieder Klarheit des Etats und feste Rechtsbegriffe schaffen.

Nach den Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung bringt die Neuregelung den Gemeinden eine beträchtliche Entlastung. Wenn man davon ausgeht, daß von den 11,3 Milliarden Kommunalsschulden, die zu Beginn des Rechnungsjahres 1932/33 gezahlt wurden, etwa zwei Milliarden RM. von der Umschuldung erfaßt werden, für die bisher durchschnittlich 7 Proz. Zinsen zu tragen waren, so wird allein die jährliche Zinsersparnis infolge der Herabsetzung des Zinsfußes auf 4 Proz. rund 60 bis 70 Millionen ausmachen. Rechnet man hierzu die Ersparnisse, die den Gemeinden

aus den Erleichterungen auf dem Gebiet der Arbeitslosenhilfe zufallen und die mit 140 Millionen RM. in Einsatz zu bringen sind, so werden die Gemeindeeinnahmen noch im laufenden Rechnungsjahr um 200 bis 210 Millionen RM. entlastet.

Mitteilungen der Verbandsleitung

Am 21. Okt. ist der 42. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

7. Oktober: Wansen 233,20, Kallerslautern 1350,—, Hannover 1000,—, Schwiebus 20,—, Marienburg 60,—, Blinde 700,—, Warfleth 3,75, Kesselröden 20,—, Blotho 350,—, Klein-almerode 35,—, Diersburg 57,24, Denzlingen 70,82, Schwab. Hall 20,—, Oberweiler 150,—, Lahr/Friesenheim 871,72, Biberach/Baden 2,95, Leisnig 250,—, Ingolstadt 81,—, Neusalz/D. 13,13, Grevesmühlen 5,29, Obercunnersdorf 82,—, Geringswalde 70,—, Michelbach 83,62, Deynhausen 500,—, Gauangeloch 62,55, Hainstadt 8,84, Altkuhheim 350,—, Oberhausen/Wd. 198,—, Wiesbaden 10,56, Lachen 305,—, Greven 46,—, Schwerin 15,—, Neumarkt 106,70, Hildorf 16,—, Exten 12,—, Kreuzebra 110,—, Langenhagen 16,45, Waldangelloch 153,59, Rot/Wiesloch 245,50, Kronau/Baden 10,—, Meisenheim 21,10, Somborn 268,39, Gerblingerode 61,90, Kürnbürg 25,80, Löhne/Bhf. 117,12, Kleinostheim 137,20, Schönberg 100,—, Tuttlingen 2200,—, Schimborn 16,49.

8. Minden 2000,—, Kallzheim 686,—, Blittstedt 45,65, Frankenhäuser 40,—, Braunsberg 191,—, Ringsheim 462,26, Orschweiler 214,30, Endingen 173,84, Breitenbach 52,55, Broterode 570,34, Kandel 68,37, Müllheim/Baden 52,70, Mosbach 20,—, Steinbach/Hallenberg 400,—, Herbolzheim 441,95, Seelbach 522,44, Bauken 86,23, Bad Segeberg 17,11, Lauffen 139,33, Hann.-Münden 120,—, Heideberg 1151,70, Schöned 300,—, Ohlsbach 73,25, Bremen 500,—, Freden/Everode 37,10.

10. Elbing 1300,—, Diehlem 368,92, Glüdstadt 163,40, Gera 100,—, Trier 300,—, Friedrichslohra 50,—, Oberhöpfheim 100,—, Bredstedt 25,—, Hilderode 12,33, Bochum 50,—, Hundelshausen 62,56, Ruff 195,—, Rastatt 21,87, Salungen 69,28, Cleve 25,—, Schimborn 6,—, Neues 127,45, Stadlöh 13,18, Mömbrits 386,12, Schötmars 30,—, Thalwenden 24,50, Orschweiler 100,—.

11. Lobenstein 1200,—, Lorsch 200,—, Oberode 7,70, Osabrück 100,—, Gelsern 25,—, Wülfteuderode 119,25, Lindau 100,—, Wipplippsburg 157,70, Neudorf 90,—, Lengensfeld u./St. 147,11, Geefhacht 4,26, Wennthäuffen 150,25, Gieken 1200,—, Hordach 89,04, Hagen b. Pyrmont 75,—, Danzig 110,—, Frankfurt a. M. 50,—, Michelbach 120,—.

12. Northheim 1395,22, Malsch 89,60, Andernach 80,—, Sallauf 49,—, Pyrmont 160,—, Peiiterwitz 140,—, Regensburg 300,—, Wether 108,43, Sonneborn 87,—, Dröy 33,—, Altemmittlau 223,53, Ruffenfelde 20,—, Wihla 60,—, Rotherfels 100,—, Birkenfelde 60,—, Freiberg i. S. 150,—, Ettenheimmünster 181,60, Klein-Welzheim 1,57, Gieken 1200,—, Bischofswerda 50,—, Kirrlach 360,—, Rödersheim 80,87.

13. Gößenheim 76,30, Stettfeld 43,24, Bilitzstein 80,—, Westhausen 50,—, Oppeln 100,—, Nimburg 62,65, Heideberg 1000,—, Fühensbach 127,05, Escherbeney 114,44, Nordhausen 1000,—, Marienburg 60,—, Berghaupten 90,—, Zeig 95,—, Dingelstädt 250,—.

Bremen, den 13. Oktober 1933.

Der Verbands-Finanzwart: B. D. Digs.

Gernsode ist reiflos organisiert.

*

Ueberweisung von Beiträgen!

Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß in der Zeit vom 25. bis zum Schluß eines jeden Monats keine Geldsendungen bzw. Ueberweisungen mehr vorzunehmen sind.

Dieses nehmen nun verschiedene Ortsgruppen zum Anlaß, die Beträge jetzt Anfang des folgenden Monats zu senden. Hiergegen ist natürlich nichts einzuwenden, nur dürfen diese Beträge nicht in der Abrechnung des vorhergehenden Monats als „An die Verbandsleitung gesandt“ gebucht werden. Auch nicht, wenn die Abrechnung uns gleichzeitig mit der Ueberweisung des fraglichen Betrages zugeht. Das nach hier gesandte bzw. überwiesene Geld ist stets in der Abrechnung des Monats einzutragen, in dem der Tag der Abrechnung des Geldes liegt. Wenn z. B. also in der Zeit vom 1. bis 25. Oktober Ueberweisungen erfolgen, sind diese in der Abrechnung des Monats Oktober, welche bekanntlich bis zum 6. November nach hier einzuliefern ist, einzutragen. Die dagegen im November zur Ueberweisung gelangenden Beträge sind in der Novemberabrechnung als nach hier gesandt zu vermerken. Selbst wenn die Ueberweisung am 1. oder überhaupt Anfang November erfolgt, ist der Betrag in der November-Abrechnung, welche Anfang Dezember hier eingeht, zu buchen und nicht in der Oktober-Abrechnung.

Also, wenn in den ersten Tagen des Monats Dezember Geld gesandt wird, ist dieses somit in der Dezember- und nicht in der November-Abrechnung als „An die Verbandsleitung gesandt“ aufzuführen. Daß dieses genau zu beachten ist, erfordert die von uns monatlich aufzustellende Bilanz.

Es darf wohl angenommen werden, daß diese Aufklärung genügt, um endlich von allen Ortsgruppen eine in allen Teilen ordnungsmäßige Abrechnung zu erhalten. — Sollten noch irgendwelche Unklarheiten bestehen, ist von hier Auskunft einzuholen.

*

Monatliche Abrechnungen!

Es wird angeordnet, daß künftig die Monats-Abrechnungen nicht mehr in doppelter, sondern nur noch in einfacher Ausfertigung nach hier einzuschicken sind. Ein ausgefülltes Exemplar ist, wie bisher, dem zuständigen Bezirksleiter zu übermitteln.

Bei dieser Gelegenheit wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Abrechnungen uns möglichst gleich in den ersten Tagen des Monats, spätestens jedoch bis zum 6. jeden Monats, einzuliefern sind. Grundsätzlich benötigen wir auch von jedem Monat eine Abrechnung. — Es sind den Abrechnungen auch stets alle Belege über sämtliche Ausgaben beizufügen. Abrechnungen, bei denen die Ausgaben nicht durch vollständige Unterlagen belegt sind, werden nicht anerkannt.

Bremen, den 12. Oktober 1933.

B. D. Digs, Verbands-Finanzwart.